

Die PROLETARISCHE FRONT ein knappes Jahr nach den Spaltungen

3 Gruppen

Kurz nach ihrer Konstituierung hat sich die "Proletarische Front" im April 1971 zweimal hintereinander gespalten. In den darauffolgenden Monaten sind drei Fraktionen mit eigenen Zeitschriften hervorgetreten und haben nacheinander zu den Spaltungsauseinandersetzungen Stellung genommen; die "Proletarische Front" (ML), die sich inzwischen erwartungsgemäß an die Westberliner KPD angeschlossen hat; die "Proletarische Front-Gruppe Hamburg"; und zuletzt die "Proletarische Front-Gruppe westdeutscher Kommunisten". Abgesehen von der Abgrenzung gegenüber der ersten Fraktion, die inzwischen öffentlich die Strategie der "KPD" als die "einzig richtige" propagiert und nur aus Gründen der Irreführung den Namen "Proletarische Front" vorläufig beibehält, blieb die Frage bestehen: sind die Auseinandersetzungen angesichts der konkreten Entwicklung des Klassenkampfes in Westdeutschland und der vorübergehend spektakulären Stärkung der neo-sozialdemokratischen DKP berechtigt gewesen? Waren die Differenzen wirklich unüberbrückbar? War es nötig, den Zerfall der anti-kapitalistischen Massenbewegung und die Auflösung im Zirkelwesen weiter zu verstärken? Mußte nicht gerade die Auflösung einer Gruppe, die ein recht geschlossenes antireformistisches Vereinheitlichungskonzept propagierte, diese fatale Entwicklung unterstützen?

In der Nummer 2/3 unserer Zeitschrift haben wir die Spaltung der Proletarischen Front bereits dargestellt. Wenn wir heute auf den Konstituierungs- und Spaltungsprozeß unserer Organisation erneut eingehen, so um insbesondere die überregionalen Nachfragen zur Spaltung ausführlicher zu beantworten. Natürlich sind einer derartigen Analyse Informationsgrenzen gesetzt, und der Leser wird verstehen, warum wir im allgemeinen keine Namen nennen und bestimmte Aspekte der damaligen Auseinandersetzungen nicht konkret ausführen. Aber wir sind zur Überzeugung gekommen, daß die breitere sozialistische Basis, die sich gegenwärtig allmählich von den nunmehr zwei Jahre währenden Vereinnahmungstendenzen durch die "ML"- oder DKP-Richtung freizumachen beginnt, ein Recht darauf hat, sich über die Erfolge und Mißerfolge jener Organisationsansätze zu informieren, die in dieser Zeit gegen den Strom des Opportunismus und Parteifetterschismus geschwommen sind. Wir halten es für falsch, gegenüber der Basis die ganze damalige Verzweiflung über die Unfähigkeit, die politische Isolierung in den Jahren 1970/71 zu überwinden, mit einer ungerechtfertigten Geheimniskrämerei zu verdecken.

Bis jetzt ist unser Versuch, in Konfrontation mit der PF-Gruppe Hamburg öffentlich vor anderen Hamburger Organisationsansätzen zu den Fraktionierungen Stellung zu nehmen, von den Genossen der PF Hamburg verteilt worden. (1) Wenn Mitglieder der PF Hamburg und andere, aus der PF ausgetretene Genossen von Außenstehenden über die Auseinanderset-

Trikont Hamburg - PF → PF - Hamburg
→ PF - G W O K

zungen befragt werden, erklären sie oft, sie wüßten nichts, obwohl sie allein es waren, die die zweite Spaltung durchgeführt haben. Manchmal scheuen sie sich nicht einmal im Kontakt mit anderen westdeutschen sozialistischen Gruppen falsche und auf Diffamierung angelegte Darstellungen vor allem über die zweite Spaltung zu verbreiten. Das alles hindert sie allerdings nicht, uns seit neuestem Verhandlungen über ein antireformistisches Aktionsbündnis anzubieten; freilich machen sie dabei das Schweigen über die realen Ursachen der Zersplitterung der antireformistischen Tendenzen in Hamburg zur Vorbedingung. Auch wir setzen uns dafür ein, daß sich die Gruppierungen, die der opportunistischen Integration in den Jahren 1970/71 widerstanden haben, assoziieren. Aber das kann nur Erfolg haben, wenn sie bereit sind, auch ihre eigene bisherige Politik in die Diskussionen über die revolutionäre Perspektive einzubringen und damit den Übergang vom Zirkelwesen zur assoziierten Praxis vorantreiben. In diesem Sinn haben wir uns darangemacht, Vorgeschichte und Geschichte der "Proletarischen Front" zu rekonstruieren und so weit wie möglich dokumentarisch zu belegen. Dazu mögen dann die Genossen der "PF Hamburg" Stellung nehmen. Vor allem mögen die Genossen der "PF Hamburg" bestätigen, daß der Ausschluß der stalinistischen Fraktion um Lenz von uns gemeinsam betrieben worden ist, um die drohende Majorisierung der PF durch die westberliner KPD-AO zu verhindern; und daß sie allein es sind, die für die zweite Spaltung die politische Verantwortung tragen.

1. Zur Vorgeschichte: die Übergangsassoziation dreier politischer Richtungen und die Stellung der "Programmatischen Erklärung" der PF

Die "Proletarische Front" ist aus der internationalistischen Gruppe "Trikont Hamburg" hervorgegangen. Deren Konstituierungsprozeß am 31. 1. 1970 läßt sich nur aus dem Zerfall der antikapitalistischen Massenbewegung in Hamburg erklären. In Hamburg hatte die Massenbewegung erst im Verlauf des Jahres 1969 ihren Höhepunkt erreicht. Sie hatte ein außergewöhnliches Maß an Breite und Militanz gewonnen und war mit ihren universitären wie außeruniversitären Aktionen vor allem gegen den Springerkonzern weit fortgeschritten. Jedoch war es nicht gelungen, der Bewegung, die immer offenkundiger auf Teile der Arbeiterklasse (vor allem auf proletarische Randgruppen und junge Arbeiter) übergriff, im Bewußtsein ihrer Massenträger einen zentralen, theoretisch wie praktisch geklärten Bezugspunkt zu geben. Die Kampfaktionen wurden von einem informellen, ständig fraktionierten und gleichwohl nach außen stark abgeschirmten studentischen Kern des SDS geplant, agitorisch vermittelt und durchgeführt. Nur bei einigen Mitgliedern des Kerns waren die politisch-konzeptionellen wie praktischen Auffassungen ansatzweise materialistisch ausgewiesen; diese Genossen standen im schroffen Gegensatz zu der überregional eindeutig vorherrschenden und von Frankfurter und Westberliner Autoritäten repräsentierten antiautoritären Theorie. Jedoch schlug der Versuch, den SDS-Kern auf der Basis der z.T. sogar veröffentlichten Grundsatzpositionen zu vereinheitlichen; ersters weil die wenigen Genossen, die diese Tendenzen vertraten, versäumten, sie in internen Qualifikationskursen durchzusetzen;

Lenze

und zweitens, weil ihre Auffassungen von den Autoritäten aus Frankfurt und Westberlin, die übrigens inzwischen z.T. stalinistische Parteiansätze führen, als "marxistische Spinnerei" abqualifiziert wurden und den Hamburger SDS-Kern immer wieder verunsicherten. So kam es innerhalb des Kerns ständig zu heftigen Auseinandersetzungen über die weitergehende Orientierung der Kampfperspektive. Die Vertreter der materialistisch ausgewiesenen Generallinie, die davon ausgingen, daß für das Bündnis mit der sich zaghaft rekonstruierenden Arbeiterbewegung die Erarbeitung des Verhältnisses von Kapital und Bildungswesen bzw. Wissenschaft Vorbedingung sei und daß in der Kampfperspektive sehr wohl die kämpfende Arbeiterklasse die Führung innehaben müsse, waren immer wieder gezwungen, Konzessionen an die den Klassenkampf negierende "antiautoritäre" und abstrakt-unausgewiesene rätetheoretische Auffassungen der Massenträger

zu machen. Trotzdem haben sie für die Hamburger Studentenbewegung eine umfassende Analyse der Beziehung zwischen Kapital und Hamburger Universität hervorgebracht - eine absolute Ausnahme in der westdeutschen Studentenbewegung (2); und als einzige war die Hamburger Studentenbewegung in der Lage, ihrem Kampf mittels der Grundsatzerklärung "Revolution wozu?" (3) in ersten Ansätzen eine sozialistische Stoßrichtung zu geben. Dasselbe gilt für die Begründung der Notstandskampagne, die nie im legalistisch-liberalen Argumentationszusammenhang der meisten übrigen SDS-Gruppen und des SDS-Bundesvorstands um Schauer geblieben ist. So lag die Begrenztheit der Hamburger Massenbewegung im Gegensatz zu Westberlin und Frankfurt auf einer besonderen Ebene. Der informelle Kern, dem es im Verlaufe der Kampfaktionen allenfalls gelang, sowohl revisionistisch SDS-interne wie reformistische Integrationsmanöver seitens des SHB an die Wand zu spielen, nicht aber die praktisch-politischen Konsequenzen der "antiautoritären" Theorie (4), hat sich aufgrund der fehlenden konzeptionellen Vereinheitlichung nur als planendes und vermittelndes Aktionszentrum verstanden, nicht aber als Moment der strategischen Vereinheitlichung und der organisatorischen Assoziation. Es ist den marxistisch orientierten Genossen des Kerns nur selten gelungen, sich über die Theorie hinaus auch praktisch-organisatorisch durchzusetzen. Statt sich auf eine über die aktuellen politischen Begründungszusammenhänge hinausgehende Plattform zu einigen, ein geschlossenes Programm der Kadereziehung zu verabschieden und über den Aufbau eines Kaderansatzes innerhalb der spontanen Bewegung die Basis für langfristige Kampfziele zu schaffen, ließ sich der SDS-Kern stattdessen vollständig von den Erfordernissen des Tageskampfes absorbieren. Darüberhinausgehende zaghafte Versuche, die Massenbewegung nicht nur spontan-praktisch, sondern auch langfristig über das Bündnis mit ersten mobilisierten Arbeitergruppen in der Arbeiterklasse zu verankern, wurden durch Fraktionskämpfe innerhalb des Kerns zunichte gemacht. Die Organisation der Jungarbeiter und Lehrlinge blieb infolgedessen unkontrolliert einzelnen studentischer Genossen überlassen und geriet rasch auf die Ebene von "Selbstbefreiungstendenzen" und "Subkultur", weil es nicht gelang, die konkreten Kampfprobleme der jungen Arbeiter rechtzeitig zu erfassen und ihnen ein ausgewiesenes politisches Instrument der Selbstorganisation zu geben. Ende 1969/Anfang 1970 waren in diesen Entwicklungstendenzen die ersten Momente der Zersplitterung und des Zerfalls der Massenbewegung angelegt. Sie wurden allerdings erst durch die in ganz Westdeutschland einmalige Verschärfung des Polizeiterrors der regional herrschenden Klasse manifest gemacht, die

den fortgeschrittenen Formen der Selbstorganisation (Universitätsbesetzung) und des Kampfes (militante Kampfdemonstration) schlagartig mit voller Brutalität begegnete, indem sie eine perfekte Gegenbesetzung der Universität vornahm, die Institute bis auf Seminorebene mit Polizeispitzen infiltrierte und dem militanten Bündnis mit einzelnen fortgeschrittenen Arbeitergruppen durch exemplarischen Individu-Terror die Spitze nahm. Das Zuckerbrot der Spaltung in einen integrationsbereiten reformistischen und einen tendenziell isolierten revolutionären Flügel wurde durch partielle Konzessionen im Bereich des Bildungswesens und Jugendarbeit (gewerkschaftlicher "Jour fixe" der Lehrlinge, formale Zugeständnisse an die "Schüler-selbstverwaltung" und die Hochschulpolitik-Hochschulgesetz) nachgereicht. Dieser Offensive war der informelle SDS-Kern nicht gewachsen, weil er aufgrund der in ihm vorhandenen unterschiedlichen strategischen Auffassungen unfähig gewesen war, die Voraussetzung für die Steigerung von Breite und Militanz der Massenbewegung und zugleich für ihre innere Konsolidierung zu schaffen. Aktionen, die in diesen Richtungen zielten, wie z. B. die Numerus-Clausus-Kampagne im Winter 1969/70, wurden durch den zunehmenden Partikularismus der Basisgruppen und ihrer Exponenten im allmählich zerfallenen SDS-Kern (A. Milz) paralytisiert. Der Versuch, den sich jetzt beschleunigenden Zerfallsprozess in einem Aktionsprogramm aufzufangen, wurde auf allen Konkretionsebenen in einem Bündnis zwischen den regionalen Exponenten des Basisgruppenpartikularismus und überregionalen "antiautoritären" Autoritäten unterlaufen. Ein Hochschulseminar (4a), das die Stellung der Intelligenz im Klassenkampf mittels materialistischer Analyse klären sollte, scheiterte an der Intervention der F. Wolf, Reiche und Co., die zur Unterstützung der sich alsbald zum "Marxismus-Leninismus" bekehrenden Plümer und Lenze herbeigezogen worden waren. Damit war die Hoffnung, wenigstens in Hamburg den zugespitzten Kampf der Ingenieurstudenten mit der Massenbewegung zu verbinden, zerschlagen; genauso wie die Offensive gegen eine Aufarbeitung der Stellung der Intelligenz im Klassenkampf nur die Voraussetzungen dafür schuf, daß sich die radikalsten und borniertesten Hamburger "Antiautoritären" innerhalb weniger Wochen zum "Proletariat" bekehren und die Periode der Rauschgift-Subkultur in die Periode des "Aufbaus der Partei des Proletariats" verkehren konnten, ohne dabei ihren antimaterialistischen Fanatismus im geringsten in Frage zu stellen. Umso heftiger wurden von den neuen selbsternannten Avantgardisten des Proletariats nach der Zerstörung der Theorie auch die materiellen Ressourcen des Aktionsprogramms darunter immerhin ein 100 000.- DM-Projekt (ASTA-Druckerei), in eigene Regie genommen, um sich innerhalb eines Jahres im fortschreitenden Zersplitterungsprozess der "proletarisch" verzierten Partei-Farce in einem Berg von Schwindel und Betrug in Nichts aufzulösen. So wandten sich gerade die antiautoritärsten und am stärksten der Subkultur verfallenen Partikularisten, nachdem sie die Konsolidierung der Massenbewegung hintertrieben hatten, sozusagen über Nacht der Arbeiterklasse zu, welche sich, wie die weitere Entwicklung zeigte, für diese Zuwendung gründlich bedankte. Die "Parteien", "Zentren" und "Bünde", die jetzt wie die Pilze aus dem Boden schossen, wirkten allesamt wie eine Farce auf den guten alten Opportunismus der deutschen Sozialdemokratie. Sie sind fast nie über teilweise makabre Legitimationsversuche und Identifikationsprozesse mit bestimmten stalinistisch interpretierten Etappen der deutschen Klassenkämpfe hinausgekommen, während die übriggebliebenen

studentischen Restgruppen vollends einer obskur-partikularistischen Konzeption der "Basisarbeit" an den Instituten verfielen. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, um den Reformismus in neuem Gewand, DKP und Spartakus, wegen seiner stabiler erscheinenden institutionellen Struktur vorübergehend zu spektakulären Anfangerfolgen kommen zu lassen. Anfangerfolge, die angesichts der Militanz und Breite der Massenbewegung in Hamburg an sich für außenstehende Genossen kaum verständlich sind.

Ende 1969/Anfang 1970 war der informelle SDS-Kern endgültig zerfallen, und die einzelnen Teilnehmer begannen, sich am Aufbau der verschiedenen Restgruppen der Massenbewegung zu beteiligen - ein Prozeß, der praktisch nirgends von einer selbstkritischen Reflexion über Erfolge und Fehler, sondern von prinzipieller Negation und Distanzierung von der bisherigen Praxis begleitet gewesen ist. Diese prinzipielle Distanzierung von der Massenbewegung um jeden Preis leitete notwendig zu einer Etappe des beschränkten Zirkelwesens, der Priorität gegenseitiger Abgrenzung und damit notwendig der beschränkten und engstimmigen theoretischen Auseinandersetzung über. Die Möglichkeit, durch Aufarbeitung der begangenen Fehler eine rasche Vereinheitlichung und Reorganisation der Massenbewegung unter korrigierter und konzeptionell erweiterter Stoßrichtung in Angriff zu nehmen, war rasch verbaut. In dieser Phase des Zerfalls und der Auflösung ist von Genossen unterschiedlicher politischer Orientierung und unterschiedlicher Integration in die abgelassenen Massenkämpfe Ende Januar 1970 die "Trikont" Hamburg gegründet worden. Einigkeit bestand nur darüber, daß in einer revolutionären Übergangsorganisation eines der positivsten Momente der Massenbewegung, ihr Internationalismus, erhalten, konkretisiert und verbreitet werden müsse, um im Fall der Rekonstruktion der Massenaktionen in diese konsequent wieder integriert zu werden. In diesem Sinn verstand sich die Trikont Hamburg als "eine marxistische revolutionäre Organisation, deren Ziel es ist, die politische Aufklärung und Organisation der ausländischen Arbeiter und Studenten ... im Sinne der Unterstützung des antiimperialistischen und antikapitalistischen Kampfes der unterdrückten Völker auf nationaler und internationaler Ebene voranzutreiben." (5) Von daher war die Aufgabenstellung der "Trikont" begrenzt auf die Arbeit im Hochschulbereich, wo mehrere großangelegte Kampagnen zur Unterstützung der arabischen und antiportugiesischen Befreiungsbewegung gestartet und über das Auslandsreferat des ASTA umfangreiche Unterstützungen und Politisierungsaktionen mit Orientierung auf die ausländischen Studenten vorangetrieben wurden. Der Versuch, daneben "Kleingruppen von ausländischen Arbeitern auf nationaler und wenn nötig internationaler Basis innerhalb der Betriebe" zu gründen, (6) ist über einige Anfangerfolge nicht hinausgekommen. Das lag vor allem daran, daß die in der "Trikont" organisierten ausländischen Studenten die "Trikont" allenfalls als Unterstützungsfonds für ihre Tätigkeit unter den Fremdarbeitern ihrer Nationalität betrachteten, aber kaum bereit waren, die "Trikont" darüberhinaus in die politische Alltagsarbeit einzubeziehen. Daraus ergab sich schließlich auch daß sich in der "Trikont" im ersten Halbjahr 1970 nie eine inhaltlich ausgewiesene Diskussion über praktische Fragen des Internationalismus entwickeln konnte, die ihren Übergangscharakter weiterzutreiben vermochte. So wurden einerseits Genossen in die "Trikont" aufgenommen, die die

verschiedenen Hamburger Organisationsansätze, vor allem das SALZ, aus den unterschiedlichsten Gründen und Motivationen verlassen hatten; andererseits fehlte es auch im Zusammenhang mit dem ohnedies eingeschränkten Praxisobjekt Internationalismus an klaren Profilierungsmöglichkeiten. Das führte dann dazu, daß z. B. hinsichtlich der palästinensisch-arabischen Befreiungsbewegung alle drei Hauptströmungen: der Populismus der Fath, der kleinbürgerliche-radikale Zentralismus der PFLP und die marxistische PFDLP scheinbar konfliktlos nebeneinander koexistieren konnten. Dieser politisch unhaltbare Zustand mußte notwendig, solange er nicht konzeptionell gewendet wurde, zu ständigen persönlichen Reibereien, Rivalitäten und Fraktionsbildungen führen, die sich sozusagen unterhalb der Öffentlichkeit der Generalversammlungen und der Projektarbeit vollzogen und nie aufgearbeitet wurden. Was das Auftreten nach außen betraf, war es nicht selten gekennzeichnet von Widersprüchen, Kompromissen und damit letzten Endes von einer Abstraktheit, die angesichts der Profilierung der internationalistischen Arbeit in anderen westdeutschen Städten, vor allem in Heidelberg, politisch nicht aerechtfertigt werden konnte. Gerade von daher wurde auch dem damals vorherrschenden Vorwurf, die "Trikont" habe sich auf jahrelange theoretische Arbeit festgelegt, um "die ganze Welt zu erklären", manchmal durchaus Vorschub geleistet.

Der Anstoß zur Überwindung dieses desolaten Zustands kam seit Juni 1970 von verschiedenen Seiten. Erstens verstärkten sich die Tendenzen, die interne Auseinandersetzung mit den nationalistischen Strömungen unter den ausländischen-palästinensischen-Genossen intern aufzunehmen und eine entsprechende politische Abgrenzung durchzusetzen. Zweitens wurde versucht, mittels eines Schulungsprogramms die heterogene politische Orientierung der Genossen anzugehen und im Sinn der konzeptionellen Vereinheitlichung zu überwinden. Drittens - und dies war der entscheidende Vorstoß - wurde der aus dem Kontakt mit Genossen der amerikanischen "Labor Committees" resultierende Vorschlag, in die sich deutlich abzeichnende Perspektive des westdeutschen Klassenkampfes auf der Grundlage einer umfassenden programmatischen Konzeption zu intervenieren nach langwierigen Auseinandersetzungen positiv aufgenommen. Alles in allem schienen aufgrund dessen die Voraussetzungen herangereift, um die internen und allzu oft rein personalistisch gefärbten Auseinandersetzungen in der Übergangsorganisation "Trikont" schrittweise zu politisieren und die "Trikont" als alternativen kommunistischen Organisationsansatz zu profilieren. Eine kleine Gruppe von Genossen, die konstatierte, daß nicht wie sonst in den Hamburger Organisationsansätzen unmittelbar die nächsten praktischen Schritte der politischen Arbeit angegangen würden, sondern "die langfristige Arbeit am revolutionären Programm und hier vor allen Dingen die Berücksichtigung der globalen Perspektiven", erklärte diese Wendung für aussichtslos. Sie forderte, die internationalistische Arbeit sei fortzusetzen und ansonsten "schleunigst" das Verhältnis zu anderen Hamburger Organisationsansätzen - vor allem SALZ und KHB - "zu klären". Als sie sich nicht durchzusetzen vermochte, erklärte sie ihren Austritt und trat geschlossen in den Organisationsansatz SALZ-KHB über. (7) Nach diesen Auseinandersetzungen wurde auf einem Wochenendseminar Ende Juni 1970 eine Resolution angenommen, (8) die den Übergangscharakter der "Trikont" als internationalistische Organisation für beendet erklärte und die Aufgabe formulierte, die Voraussetzungen für eine ausgewiesene programma-

tische Intervention in den sich abzeichnenden westdeutschen Klassenkämpfen zu schaffen. Damit war der Weg frei, um den Kampf um die politische Vereinheitlichung in seinen drei Hauptstoßrichtungen Internationalismus, Schulungsfrage und Grundsatzklärung zur programmatischen Intervention aufzunehmen.

1.1. Konkretion des Internationalismus

In den folgenden Monaten haben sich die Auseinandersetzungen in den genannten drei Hauptstoßrichtungen fortschreitend profiliert und zugespitzt. Dabei spielte die Frage der Konkretion und politischen Vereinheitlichung der bisherigen internationalistischen Arbeit insofern eine große Rolle, weil sie mit der Auseinandersetzung über die bislang einzigen praktischen Bezugspunkte des Organisationsansatzes verbunden war. Im Vordergrund der internationalistischen Tätigkeit hatte die Propagierung und Unterstützung der palästinensisch-arabischen Revolution gestanden, dabei hatten - wie schon angedeutet - die ausländischen und westdeutschen Mitglieder der "Trikont" absolut gegensätzliche politische Positionen bezogen. Die Sympathisanten der AL Fath, alle Mitglieder der GUPS, gehörten zusammen mit der westdeutschen GUPS dem rechten nationalistischen Flügel dieser Befreiungsbewegung an. Ihre bisherige Taktik innerhalb der "Trikont" hatte darin bestanden, unter Konzessionierung der von der Trikont über die politische Linie der Fath weit hinausgehenden Propaganda für die arabische Revolution einzelne ihrer Mitglieder und darüber hinaus den gesamten Organisationsansatz in die praktische Arbeit von GUPS und Fath einzubeziehen. Theoretischen Auseinandersetzungen wichen sie nach Möglichkeit aus. Wie die praktischen Erfahrungen schnell zeigten, versuchten sie gleichzeitig den Kontakt zu anderen politischen Auffassungen und Strategien zu verhindern. Infolgedessen war die Trikont gezwungen, ihre Auseinandersetzung mit Praxis und Perspektive der arabischen Revolution weitgehend unter Umgehung ihrer eigenen GUPS-Mitglieder zu führen. Als sich aber mehrere Genossen von der Perspektivlosigkeit des populistisch-nationalistischen Flügels der arabisch-palästinensischen Revolution überzeugt hatten, waren sie entschlossen, den Klärungsprozeß innerhalb der Trikont bis hin zu den praktischen Konsequenzen voranzutreiben. Im November 1970 wurde eine "Resolution zum antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten" verabschiedet, die nicht unwesentlich im Bündnis mit den in dieser Hinsicht sehr viel weitsichtigeren Heidelberger Genossen zur Abgrenzung der westdeutschen Linken vom kleinbürgerlichen Nationalismus in den Befreiungsbewegungen beigetragen hat. In dieser Resolution erklärte sich die "Trikont" mit Praxis und Strategie der marxistischen FDPLP solidarisch. Sie anerkannte zwar, daß AL Fath und PFLP sich bei der Entwicklung des arabisch-palästinensischen Widerstands große Verdienste erworben haben, ihre Perspektive hänge jedoch "davon ab, inwieweit ihre linken Käfte die Notwendigkeit der Erarbeitung eines revolutionären Programms anerkennen und daraus die Konsequenzen ziehen werden." (9) Ansatzweise sei durch die FDPLP die Stoßrichtung des antiimperialistischen Kampfs im Nahen Osten korrekt angegeben, und darauf werde die "Trikont" sich in ihrer weiteren Arbeit stützen; "Der nationale antizionistische Befreiungskampf des palästinensischen Volks (arabische Palästinenser und Juden) ist nur möglich als bewaffneter Klassenkampf mit dem Ziel der Errichtung

einer volksdemokratischen Republik der palästinensisch-arabischen und jüdischen Arbeiter und Bauern, und der Klassenkampf der arabischen Arbeiter, Bauern und Partisanen gegen die arabische Kompradorenoligarchie aller Schattierungen (halb-feudale, großbürgerliche und kleinbürgerlich-bonapartistische) als den Statthaltern imperialistischer Herrschaft im Nahen Osten wird nur erfolgreich sein, wenn er in einer Union der arabischen Volksdemokratien mündet, zu der auch die palästinensische volksdemokratische Republik zählen wird. Eng miteinander verbunden, werden so nationaler Befreiungskampf und Klassenkampf zu einer historischen Stufe führen, von der aus die nachholende sozialistische Akkumulation im Nahen Osten als einer politisch-ökonomischen, geographisch-neoologischen und sozialen Einheit ihren Anfang nehmen kann." (10)
Nach ihrem Austritt haben die palästinensischen Genossen eine beispiellose Hetzkampagne gegen die "Trikont" gestartet. Sie haben fälschlicherweise behauptet, sie seien unter Anwendung von verfahrenstechnischen Tricks ausgeschlossen worden. Sie streuten das absurde Gerücht aus, einer der Trikontgenossen habe während eines Aufenthalts im Nahen Osten versucht, die Befreiungsbewegung "zu spalten". Schließlich erklärten die ausgetretenen Genossen mehrfach öffentlich, die "Trikont" habe Geld, das sie für die arabische Befreiungsbewegung gesammelt hatte, für eigene Zwecke einbehalten. Auch diese Behauptung ist erlogen; die gesammelten Gelder sind vielmehr an die palästinensische FDPLP abgegangen, die ihren Eingang sogar öffentlich durch eine Notiz in der Beirut sozialistischen Wochenzeitung "Al Hourria" (es handelte sich um DM 9 000.-) bestätigt hat.

Vor allem aber wurde die internationalistische Arbeit der "Trikont" in Hamburg dadurch erschwert, daß sich plötzlich die neozentristischen Organisationen SALZ und KPD-ML zu Sachwaltern des palästinensischen Nationalismus machten. In den Monaten zuvor hatten sie Aktionsbündnisse mit der "Trikont" immer mit dem Argument abgelehnt, es sei "kleinbürgerlich", durch internationalistische Kampagnen vom "nationalen Klassenkampf" abzulenken. Nach dem Austritt der palästinensischen Nationalisten aus der "Trikont" erwärmten sie sich schlagartig für die palästinensische Sache dergestalt, daß sie sich daranmachten, den palästinensischen Nationalismus der "Fath" propagandistisch zu unterstützen und einen angeblichen "Führungsanspruch" der "Trikont" in internationalistischen Fragen zu liquidieren. Die "Trikont" wurde durch ein Bündnis zwischen palästinensischen Nationalisten, SALZ und technokratisch-reformistischem AStA-Flügel aus den universitären Einrichtungen (AStA-Auslandsreferat, Akademische Auslandsstelle, Senatsausschuß für internationale Beziehungen) hinausgedrängt, und diesem Bündnis war selbst die Aktionseinheit mit ausgemachten Reaktionären recht, wenn es dabei gelang, die anti-imperialistische und internationalistische Aktivität von "Trikont" und späterer PF auszuschalten. Besonders makaber war dabei, daß der "Senatsausschuß für internationale Beziehungen" der Hamburger Universität, in dem die studentischen Vertreter, alle Trikont-Mitglieder, zusammen mit progressiven Kräften die Mehrheit gewonnen hatten, vom SALZ-AStA in Zusammenarbeit mit der Universitätsbürokratie einfach "suspendiert" worden war. Das geschah zu einer Zeit, wo die Trikont in einer ausführlichen Dokumentation (11) die sozialimperialistischen Funktionen mehrerer Sonderforschungsbereiche an der Universität aufgedeckt und eine entsprechende Kampagne zu deren Zerschlagung eingeleitet hatte.

Alles in allem hat der Kampf um die Konkretion des bisherigen Internationalismus der Trikont bis Januar/Februar 1971 deren vorübergehende vollständige Isolierung in der Hamburger Linken mit sich gebracht, weil sie noch nicht über zusätzliche Praxisansätze verfügte. Das Ergebnis war insofern niederschmetternd, weil es bislang nur auf der Vereinheitlichung in der arabischen Frage basierte und andere Genossen fortführen, die Probleme ihres nationalen Klassenkampfes von der "Trikont" fernzuhalten. Dieser Tatbestand mußte sich notwendig negativ auf ihre weitere politische Perspektive auswirken, denn ihr Vereinheitlichungsprozeß in Fragen der Schulung und der Programmatischen Erklärung geriet von daher unter Zeitdruck, und mußte die notwendigen theoretischen Auseinandersetzungen zusätzlich erschweren. Die Kluft zwischen der unabdingbaren theoretischen Profilierung und der Praxis verbreiterte sich. Eines Tages mußte sie sich in einer fruchtlosen Kontroverse zwischen "Theoretikern" und "Praktikern" bzw. "Organisatoren des Parteiensatzes" reproduzieren. Darin dürfte der entscheidende politische Fehler in der Konstituierungsetappe der PF liegen; daß sie, von ihrer bisherigen internationalistischen Arbeit isoliert, keine Möglichkeiten mehr fand, auch in den alltäglichen politischen Auseinandersetzungen präsent zu bleiben. Insofern hatte die an sich korrekte Konkretion der internationalistischen Perspektive letzten Endes negative Konsequenzen.

1.2. Schulungsfrage

Ohne daß es den Mitgliedern der "Trikont" immer klar war, war die Schulungsfrage, die seit Juli 1970 diskutiert wurde, von den Auseinandersetzungen und der schließlichen Isolierung in der internationalistischen Arbeit bestimmt. Gerade diejenigen Genossen, die in der Frage der theoretisch-programmatischen Vereinheitlichung der Übergangsorganisation zum Kaderansatz mit dem Verweis auf den Vorgang der Praxis insistenten, legten Schulungskonzepte vor, deren Ziel es war, so schnell wie möglich die sogenannten Klassiker des Marxismus-Leninismus in einer abstrakt intellektualistischen Weise zu reproduzieren. (12) So gingen die Anhänger der luxemburgianischen Theorie der Spontaneität in dieser Frage ein bruchloses Bündnis mit den Anhängern des leninistisch-bolschewistischen Parteiensatzes ein, um die Vorstellungen der "Programmatik-Fraktion" zu Fall zu bringen. Allerdings war die "Trikont" keinesfalls in ihrer Gesamtheit in diese drei Richtungen gespalten; die angedeuteten Strömungen wurden anfänglich nur von einzelnen Genossen vertreten. Darüberhinaus stand bis Ende 1970 die Internationalismusfrage eindeutig im Vordergrund und zwischen ihr und den grundsätzlichen politischen Tendenzen gab es kaum Zusammenhänge. Sie gewannen erst Ende 1970 an Gewicht.

Das bisherige, rein auf internationalistische Projekte ausgerichtete Funktionalisierungsinteresse einzelner ausländischer Genossen wurde um die Jahreswende 1970/71 von viel grundsätzlicheren Einflußstrebungen abgelöst, indem von da an ML-Positionen, spontaneistisch-luxemburgianische Orientierungsversuche und das Bestreben um die materialistische Ausarbeitung einer revolutionären Strategie aus den herrschenden Verhältnissen und nicht aus verkürzten Episoden der Parteigeschichte um den vorherrschenden Einfluß in der "Trikont" kämpften. Die Stringenz dieser Auseinandersetzungen wurde von der Mehrzahl der meist relativ unerfahrenen Genossen

tion des Klassenkampfes, die Auffassungen Rosa Luxemburgs zu aktualisieren. Sie gingen in der ökonomischen Analyse davon aus, daß der gegenwärtige Kapitalismus infolge seiner Unfähigkeit zur Realisierung der ins Gigantische gewachsenen Mehrwertmassen sein "produktives Potential" nicht mehr erweitern könne. Aufgrund dessen seien die "realen produktiven Investitionen... auf dem entwickelten Sektor des Kapitalismus beständig gefallen, während neue Massen spekulativen Geldes einen kapitalistischen Markt nach dem anderen treffen. Schließlich ist dieser Fall der realen produktiven Investitionen eine wesentliche und unvermeidliche Konsequenz des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, oder - anders - er ist ein Ausdruck davon, wie der Kapitalismus das marxistische Wertgesetz verletzt." (15) Aus dieser Einschätzung, die die Krisenproblematik des Kapitals zwar phänomenologisch richtig erfaßte, es jedoch irrtümlich ausschließlich in typisch luxemburgianischer Weise als Problem der Mehrwertrealisierung artikulierte, leiteten die Genossen dann die Dimension der programmatischen Intervention in der Arbeiterklasse ab. Sie schlugen als Hauptaufgabe der "revolutionären Avantgarde des Proletariats" "die Alternative einer dramatisch expandierten Produktion realer ökonomischer Werte vor, um den dringenden Bedürfnissen der Gesellschaft zu begegnen." "...Es ist eine Frage der Befreiung des ausgedehnten produktiven Potentials dieser Welt, welches unter der Kontrolle einer bankrotten herrschenden Klasse erstickt." (16) Die Genossen reduzierten, indem sie die gegenwärtigen Überakkumulationstendenzen letztlich aus der Verteilungssphäre des Mehrwerts ableiteten, statt aus der wachsenden Unfähigkeit des Kapitals zur Steigerung der Mehrwertmassen und -raten, auch die Frage der revolutionären Intervention zu einem Verteilungsproblem, was, von uns übernommen, nichts anderes als die Übernahme eines radikal-linkskeynesianischen Konzepts bedeutet hätte. Damit waren auch die konkreten Vorschläge zur praktischen Verankerung in der Arbeiterklasse, die sich eng im luxemburgianischen Schema von Massenpartei und Massenspontaneität bewegten, hinfallig geworden.

Trotzdem beurteilten wir die Auseinandersetzung mit den Genossen der "Labor Committees" abgesehen von unserer grundsätzlich andersgearteten Position sehr positiv, weil sie den Genossen des Organisationsansatzes endgültig die Notwendigkeit der konsequenten Ableitung der Perspektiven des Klassenkampfes in Westdeutschland aus der Analyse des gegenwärtigen Imperialismus und der stagnierenden osteuropäischen Übergangsgesellschaften vermittelte. Den zentralen Kern, um den sich dabei die methodische Auseinandersetzung mit den LC-Genossen drehte, begriffen freilich die meisten Genossen, und zwar der spontaneistischen genau wie die politisch noch nicht profilierte Mehrheit und der parteizentristischen Flügel, nicht. Aber selbst innerhalb des Programmatik-Flügels gelang es nur mit großer Mühe, die notwendige Ablehnung des radikal-neoharmonischen Ansatzes der LC-Genossen verständlich zu machen und durchzusetzen. Insofern war die Arbeit an der programmatischen Erklärung sehr schwierig, ein Tatbestand, der sich dadurch noch verstärkte, daß die Vorarbeiten der "Trikont"-Genossen zur Programmatik nur zum Teil den notwendig hohen qualitativen Anforderungen genügten.

So war es immerhin möglich, nach monatelangen Diskussionen und nach einer Verbesserung eines im August 1970 vorgelegten Exposé zur endgültigen reaktionellen Erarbeitung der programmatischen Erklärung zu schrei-

ten. An ihr nahmen je ein Vertreter des spontaneistischen Flügels, der Parteiaufbauzentristen und des Programmatikflügels teil. Die Arbeit war durch den Beschluß eingeschränkt, sie dürfe den Umfang von 30 Seiten nicht überschreiten, was dazu zwang, auf eine allgemeinverständliche Darstellung zu verzichten und auf allen Ebenen die von Marx entwickelten Begriffe zu verwenden bzw. weiterzuentwickeln. Im übrigen war die Arbeit außerordentlich erschwert durch die Tatsache, daß den Vertretern der Spontaneisten und der Parteizentristen nur die organisatorischen Aspekte der Programmatik am Herzen lag und daß sie vor allem darauf achteten, zu starke Konzessionen an die konträre Position zu verhindern. Damit soll nicht bestritten werden, daß zumindest die Genossen, die bislang auf die Problematik des Verhältnisses von massenhafter Spontaneität und proletarischer Partei fixiert gewesen waren, ihre Auffassungen im Verlauf der Auseinandersetzungen erheblich profiliert haben; es bestand durchaus ein - wenn auch nicht immer ausgewiesener - Konsens mit den strategischen Grundfragen der "Programmatischen Erklärung", der ohne die zunehmende politische Isolierung wegen der darin entwickelten Prinzipien zweifellos weiterzutreiben gewesen wäre.

Aufgrund dessen konnte der Vertreter des Programmatik-Flügels zwar auf der Grundlage der vorliegenden Vorbereitungspapiere, Protokolle und einer Resolution über den Aufbau der Erklärung die wesentlichen Passagen der Programmatik verfassen, die in den nachfolgenden Diskussionen nur an einzelnen Punkten verwässert wurden; aber die Frage der programmatischen Intervention bedurfte einer besonderen Redaktion, wurde jedoch im wesentlichen korrekt angegangen. Trotz mancher deutlich nachweisbarer und manifest gewordener Kompromisse wurde alles in allem ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Vor allem ist es der Initiative und Überzeugungskraft einiger in der "Trikont" arbeitender ausländischer Genossen zu verdanken, daß ein konsequenter innerer Zusammenhang mit den Perspektiven des proletarischen Internationalismus hergestellt worden ist.

Obwohl sie nicht unmittelbar an der Erarbeitung der Programmatik beteiligt waren, haben sie doch ganz wesentlich zur Formulierung auf einem unserer Meinung nach in Westdeutschland einmaligen Niveau beigetragen. Deshalb ist und bleibt für uns die Programmatische Erklärung der PF trotz ihres Kompromißcharakters in manchen Punkten in allen in ihr entwickelten strategischen Positionen absolut verbindlich. Es bedurfte alles in allem intensiver Arbeit und nicht zuletzt auch taktischen Geschicks, um die anfänglich kontroversen Positionen der Mitglieder des Organisationsansatzes "Trikont" zumindest vorübergehend zu vereinheitlichen. Somit hat sich, aus der "Trikont" hervorgehend, im Februar 1971 die "Proletarische Front" in Hamburg auf der Grundlage einer in allen strategischen Fragen inhaltlich ausgewiesenen strategischen Perspektive konstituiert. Jedoch fiel ihr Konstituierungsprozeß mit einer vollständigen Isolierung ihrer praktisch-internationalistischen Arbeit zusammen, und die Voraussetzungen für die organisationsinterne qualifikationsmäßige Vereinheitlichung waren noch nicht ausreichend geschaffen. Erst die Praxis konnte zeigen, inwieweit die erarbeiteten Vermittlungsschritte zur Strategie ausreichten, und die praktische Überprüfung des programmatischen Vereinheitlichungsprozesses stand noch bevor. Waren die Genossen bewußt genug, um auch auf der Ebene der Vermittlungsschritte korrekt zu handeln? Oder sahen sie in der Programmatik nur eine Konzession an den "common sense" des Organisationsansatzes, der mit der organisatorischen Arbeit und der Praxis an Relevanz verlor?

2. Von der Konstituierung zu den Spaltungen. Das Problem, auch auf der Ebene der Vermittlungsschritte materialistisch orientiert zu bleiben

Daß der theoretische Vereinheitlichungsprozeß tatsächlich nur begrenzt eingetreten war, sollten schon die Ereignisse in den zwei auf die Konstituierung folgenden Monaten zeigen. Mit der Veröffentlichung der "Programmatik" war die PF noch viel stärker als ihr Vorgänger lokal isoliert. Eine öffentliche Auseinandersetzung über ihre grundsätzlichen Positionen in der Imperialismustheorie, der Klassenanalyse (und dem in ihr rekonstruierten Begriff der Mittelklasse), des modernen Revisionismus und der europäischen Perspektive des proletarischen Klassenkampfes wurde nie geführt. Ganz im Gegenteil: in ihren Kontakten und Praxisbereichen wurden die einzelnen Genossen der PF ausnahmslos auf der diffamatorischen Ebene angegriffen. Die PF wurde schnell als "trozkistisch" abgekanzelt, wie es ja überhaupt Mode geworden ist, klassenkämpferische Ansätze, die sich um eine materialistische Fundierung bemühen, mit diesem Adjektiv zu belegen. Hinzu kam alsbald die Behauptung, einzelne Mitglieder der PF seien "insgeheim" "führende Vertreter" der IV. Internationale. Sie war und ist vollständig aus der Luft gegriffen. Und schließlich folgte seitens der neozentristischen Organisationsansätze die Taktik der individuellen Nadelstiche; die Mitglieder der PF wurden genau an den Punkten angegriffen, die ohnedies bei den Auseinandersetzungen um die Plattform im Mittelpunkt der Debatte gestanden hatten - in der Frage des bürokratischen Zentrismus, der Mittelklassenfrage, der Gewerkschaftsfrage usw. Das alles erzeugte bei den teilweise ohnedies noch unsicheren und in der Mehrheit noch nicht ausreichend profilierten Genossen einen zunehmenden Legitimationsdruck, der sich notwendig beim Ausbleiben kurzfristiger praktischer Erfolge in internen Auseinandersetzungen entladen mußte. Die maximal schlechte lokale Ausgangsposition wurde überdies durch die Entwicklung der überregionalen Auseinandersetzung weiter kompliziert. Wir hatten alle - und nicht zuletzt die Genossen, die ihre spontaneistische bzw. parteizentristische Vorstellungswelt nach harten Auseinandersetzungen wenigstens partiell aufgegeben hatten - gehofft, daß die Veröffentlichung unserer Plattform zumindest überregional eine breite Auseinandersetzung mit den übrigen Restgruppen der Massenbewegung herbeiführen würde. Uns war es dabei wirklich nur um die konzeptionelle Auseinandersetzung, und nicht etwa um die Realisierung eines abstrusen "Führungsanspruches" zu tun. Wir sahen einfach die Notwendigkeit der Intensivierung der Strategiedebatte in den antizentristischen Organisationsansätzen, wenn sie nicht doch noch der neosozialdemokratischen DKP, die in den Massenkämpfen selbst keine Rolle gespielt hatte, den Platz zur langfristigen Spaltung der Bewegung überlassen wollte. Aber gerade hier hatten wir uns bitter getäuscht. Die PLPI beispielsweise, die wir um eine interne Auseinandersetzung angingen, reagierte mit der alten, uns aus der Kampfphase sehr genau bekannten kleinbürgerlichen Arroganz, hinter der kaum ausgewiesene und vereinheitlichte Vorstellung über die Perspektive des Klassenkampfes steckten. Andere Gruppen, so z.B. das "Rote Forum", verfaßten quasi über Nacht eigene Grundsatzserklärungen, um eine "offene Flanke" so rasch wie möglich abzudecken und den Schritt heraus aus dem Provinzialismus nach Kräften zu vermeiden. Daß tatsächlich keiner der aus den Massenaktionen hervorgegangenen

Organisationsansätze bereit war, auch nur minimale taktische überregionale Aktionsbündnisse mit uns einzugehen, sollte sich schon im März 1971 an einem besonders klaren Beispiel erweisen. Als der Unterdrückungsapparat der westdeutschen herrschenden Klasse im Frühjahr 1971 begann, sich mittels des Phantoms "Baader-Meinhof-Gruppe" zu radikalisieren und die Offensive gegen die westdeutsche Linke einzuleiten, wurde ein Mitglied des "Politischen Sekretariats" der PF auf eine Rundreise zu allen relevanten Gruppen der westdeutschen und westberliner Linken losgeschickt. Es sollte versuchen, über eine gemeinsame Erklärung dieser Gruppen zur Kriminalisierungskampagne der herrschenden Klasse die Diskussion über eine Aktionseinheit in der Abwehr gegen die zu erwartenden Übergriffe zustandezubringen. Zu diesem Zweck hatte die PF einen Erklärungstext entworfen, dem Genossen aber zugestanden, bis zu einer genau definierten Grenze Kompromisse einzugehen. Von allen Gruppen wurde - z.T. erst nach einer Abwartepolitik, die die Kooperation von der Beteiligung anderer Gruppen abhängig machte - abgesagt. Nur mit der KPD/AO wurde ein Kompromiss ausgehandelt, aber dann auch in letzter Minute von den Neozentristen abgesagt. Inzwischen waren für Hamburg die Flugblätter gedruckt, und wir mußten eine in ihrem Kompromißcharakter höchst problematische Erklärung verteilen oder auf die Aktion wegen des Zeitdrucks überhaupt verzichten. Die Aktion des "Politischen Sekretariats" der PF war alles in allem völlig fehlgeschlagen. Sie hatte den Provinzialismus und das Sektierertum aller westdeutschen und westberliner Gruppen in der damaligen Phase drastisch aufgedeckt und klar gemacht, daß es für sie alle nur ein Problem gab: den Organisationsfetischismus in seine letzte Potenz zu treiben. Die raffinierteste Technik hatte dabei die KPD/AO betrieben, weil sie einerseits einen sehr fragwürdigen Kompromiß herausgeschunden und sich dann andererseits zynisch von der Aktion abgesetzt hatte. Dieser Fehlschlag führte zu den ersten gravierenden Auseinandersetzungen in der PF nach ihrer programmatischen Vereinheitlichung. Statt die Bedingungen des Scheiterns der Initiative zu untersuchen, wurde dem "Politischen Sekretariat" von einzelnen Mitgliedern "Opportunismus" vorgeworfen. Auch der Vorwurf "zentristischer Tendenzen" war schnell zur Hand, weil das PS nach seiner Konstituierung Vorschläge zur organisationsinternen Stabilisierung ausgearbeitet hatte, in denen u.a. die Verfassung regelmäßiger schriftlicher Berichte der Kommissionen an das PS gefordert wurde. So wurde der politische Mißerfolg dieser Aktion nach innen projiziert; er hat sich von Anfang an in heftigen Auseinandersetzungen entladen, die sich mehr und mehr verselbständigten und um ihrer selbst willen geführt wurden, statt zur Konkretion der Vermittlung zwischen programmatischer Perspektive und Praxis beizutragen. Gerade das führte dann dazu, daß sich in dem immer heftiger angegriffenen PS die längst überwunden geglaubten spontaneistischen und parteizentristischen Vorstellungen bei einzelnen Genossen rekonstruieren konnten. Sie erschienen plötzlich wieder als Ansatzpunkte zur Überwindung der bisherigen Mißerfolge, für die mehr und mehr die verabschiedeten programmatischen Vorstellungen verantwortlich gemacht wurden. Infolgedessen blieb die PF, ob sie wollte oder nicht, vorerst auf ihre lokale Arbeitsperspektive beschränkt. Aber die Ausgangsbedingungen dafür hatten sich in der Zwischenzeit immens verschlechtert. Die meisten

Genossen waren von den monatelangen Auseinandersetzungen physisch erschöpft; andere waren gezwungen, ihr im letzten Jahr extrem vernachlässigtes Studium oder ganz einfach den Kampf um den Job nach dem Studienabschluß wieder aufzunehmen. Zwar hatte sich die Basis des Organisationsansatzes durch eine Reihe von Kandidaten verbreitert; aber gerade dieser Prozeß der internen Verbreiterung führte zu laufenden Auseinandersetzungen. Manche Genossen wollten nicht wahrhaben, daß ein Ansatz, der sich bislang nur konzeptionell profiliert hatte, in der Initialphase seiner Arbeit auch auf der Grundlage konzeptionell-theoretischer Auseinandersetzung weitere Genossen gewinnen mußte. Sie argwöhnten - zu unrecht - daß hier die ehemalige "Programmatikfraktion" ihre Position auf Kosten der anderen Flügel ausbauen und die PF auf reine theoretische und bestenfalls universitätsbezogene Arbeit festlegen wollte. Dieser Verdacht wurde dadurch beschränkt, daß ein Mitglied - freilich mit Wissen und unter Zustimmung der Organisation - den Kontakt zu einer politischen Gruppierung, dem "Sozialistischen Kollektiv Hamburg, SKH" aufgenommen hatte, das über eine Verlags- und Buchhandelsperspektive verfügte. So wurde die zunehmende Spannung zwischen erkämpfter konzeptioneller Vereinheitlichung und der Isolierung von der Praxis auf die Kandidatenfrage abgewälzt und gleichzeitig vertieft.

Natürlich bedeutet dies nicht, daß die PF über keinerlei praktische Perspektiven verfügt hätte. Einige Mitglieder, die sich der PF im Verlaufe des Konstituierungsprozesses angeschlossen hatten, hatten im Verwaltungszentrum eines Großunternehmens eine Angestelltengruppe aufgebaut und betrieben dort intensive Agitationsarbeit. Daneben hatte sich eine kleine Stadtteilkommission konstituiert, die in kurzer Zeit respektable Untersuchungsergebnisse über die Beziehung zwischen Kapitalakkumulation und regionaler Infrastruktur in Hamburg erarbeitet hatte und erste Kontakte zu Mieter- und Stadtteilgruppen zu knüpfen begann. Allerdings war es zwei Monate nach der Konstituierung noch nicht gelungen, zur Arbeit im Bildungswesen und im internationalistischen Bereich nennenswerte Bezugspunkte zu gewinnen. Aber gerade an diesen praktischen Bezugspunkten begannen sich aufgrund zunehmender resignativer Tendenzen und eines sich verfestigenden Bewußtseins von der Fortdauer der politischen Isolierung die alten konzeptionellen Differenzen wieder zu manifestieren. Die politische Perspektive des Organisationsansatzes wurde zunehmend negativ eingeschätzt, und aufgrund dessen begannen einige Genossen in ihre politisch-theoretischen Ausgangspunkte zurückzufallen, während sich gleichzeitig Tendenzen entwickelten, die darauf drängten, unter Preisgabe wesentlicher programmatischer Positionen in Aktionsbündnisse einzusteigen, die unter Kontrolle der neozentristischen Organisationsansätze standen.

MANIFEST

**POLITISCHER
BUCHLADEN**

**Hamburg 13
Schlüterstr. 79
Tel. 44 40 03**

**PROLETARISCHE
FRONT**

Gruppe westdeutscher Kommunisten

**GIM GRUPPE INTERNATIONALER
MARXISTEN**, Hamburg
Deutsche Sektion
der IV. Internationale

Jeden Monat erscheinen die MANIFEST-MITTEILUNGEN, die über die einzelnen Sortimentsteile, deren Aufbau und Schwerpunkte sowie über aktuelle Neuerscheinungen informieren.

Auf Anforderung senden wir die MANIFEST-MITTEILUNGEN sowie weiteres Informationsmaterial kostenlos zu.

Außerdem: Wir besorgen und versenden jedes lieferbare Buch. Versand erfolgt per Nachnahme oder Vorausrechnung.

**Zur materialistischen Geschichtsauffassung
Kapital und Staat Marxismus und Ästhetik
Archive und Klassikergesamtausgaben
Geschichte der Klassenkämpfe
Der gegenwärtige Imperialismus und der
internationale Klassenkampf
Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD
Internationale Agitations- und Propaganda-
publikationen und theoretische Organe**

**Pädagogik Psychologie Psychoanalyse
Philosophie Soziologie Marxistische Theorie
Kinder- und Jugendbücher**

2.1. Der Kampf gegen die sich herausbildende KPD-AO-Fraktion

So war innerhalb eines Monats aufgrund der fortdauernden politischen Isolierung, der Verteufelung durch die neozentristischen Organisationsansätze und ganz einfach der physischen Erschöpfung bei gleichzeitig zugespitzten Problemen der je individuellen Reproduktion eine Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens, der Resignation und aggressiver Konfrontationen an nebensächlichen Objekten eingetreten. Die Programmatikfraktion versuchte, zwischen den sich mehr und mehr personalisierenden Auseinandersetzungen zu vermitteln, um durch das Vorantreiben des organisationsinternen Qualifikationsprozesses die programmatische Vereinheitlichung der Genossen zu vertiefen und ganz einfach die Bedingungen für den langen Atem zu schaffen, der allein das Problem der praktischen Verankerungen lösbar machen konnte. Die Vermittlungsversuche, die sich vor allem über das "Politische Sekretariat" vollzogen, stießen jedoch mehr und mehr auf das Mißtrauen gerade jener Genossen, die durch ihren Einfluß und ihre Autorität der

programmatischen Perspektive der PF bis jetzt zum Erfolg verholfen hatten. Ende März 1971 kam es jedoch zu einigen Vorfällen, die die programmatische Vereinheitlichung erstmals organisatorisch in Frage stellten. Wie sich zeigt, hatten die Parteizentristen auf allen Ebenen des Organisationsansatzes eine praktische Fraktionierung im Sinn der "Bolschewisierung" der PF eingeleitet. Sie weigerte sich erstens, die Arbeit der Betriebsgruppe in der Organisation zur Diskussion zu stellen, argumentierend, daß das Eingehen der derzeitigen PF auf die Betriebsprobleme für die Betriebsgruppe schädlich sei. Das mußte vor allem deshalb verwundern, weil die Genossen der Betriebsgruppe formal als Gewerkschaftsmitglieder operierten und in der jüngsten Zeit sogar zur Herausgabe einer gewerkschaftlichen Betriebszeitung übergegangen waren, die in vielen Fragen einen opportunistischen Gewerkschaftsstandpunkt propagierte. Sie waren nicht bereit, auf die Frage einzugehen, inwieweit die Herausgabe einer gewerkschaftsunabhängigen Zeitung unmöglich sei, bestanden aber immer darauf, daß Genossen der Organisation die Zeitung verteilen. Zweitens wurde von der parteizentristischen Fraktion in einer für die Vorbereitung auf den "1. Mai" gebildeten Kommission Lösungen durchgesetzt, die - das wurde offen zugeben - in der Perspektive die völlige Trennung von politischem und ökonomischem Kampf bedeuteten und auf die Perspektive "oppositioneller" Gewerkschaftsarbeit im Sinn der RGO (Rote Gewerkschafts Opposition) hinausliefen. Trotz intensiver politischer Diskussionen in allen Gremien der Organisation und trotz des eindringlichen Hinweises darauf, daß die Genossen damit die verabschiedete programmatische Perspektive fundamental verletzen, waren sie nicht von ihrer Auffassung abzubringen. Drittens begannen die Genossen, in einer Wohngemeinschaft auf typisch "bolschewistische" Weise den Trennungsstrich zwischen sich und den "nichtbolschewistischen" Genossen zu ziehen, indem sie die Außenseiten ihrer Zimmertüren mit markanten Stalinzitate zierten.

Es war offensichtlich: der "Parteiaufbau"-Flügel suchte die offene Konfrontation, und nicht mehr die politische Auseinandersetzung. Dies wurde vollends klar, als der am wenigsten disziplinierte stalinistische Genosse die Position des Parteiflügels preisgab, indem er in einer Auseinandersetzung mit einer Genossin seiner Wohngemeinschaft erstmals die Programmatikfraktion und ihren Vertreter im politischen Leitungsgremium als "trotskistisch" diffamierte; ja wohl, das Politische Sekretariat sei gespalten in eine trotskistische Fraktion... die andere Fraktion vertrete die "wahren Prinzipien des Marxismus-Leninismus"! (17) Damit war klar, daß der Zentristenflügel auf eine Majorisierung und ggf. Spaltung der Organisation hinarbeitete. Der Versuch, durch intensive Diskussionen über den bürokratischen Stalismus und die Stalinfrage zu einer Abklärung zu kommen, schlug fehl, der Prozeß der Diffamierung und der Institutionalisierung der Auseinandersetzung war endgültig in den Organisationsansatz umgeschlagen. Nur scheinbar erreichten die Auseinandersetzungen zwischen allmählich in die alten Positionen zurückgefallenen Spontaneisten, Bolschewisierungsfanatikern und der Programmatikfraktion ein politisches Niveau. Vielmehr hat sich unter einer künstlich hochstilisierten politischen Vermäntelung die ganze Resignation und die Erfahrung der Isolierung nach innen umgesetzt und sich in der Zerstörung aller Momente der bisherigen konzeptionellen Vereinheitlichung Luft gemacht. Im ersten Akt wurde die politische Kontinuität zwischen den Parteizentristen einerseits und Spontaneisten und Programmatik

fraktion andererseits abgebrochen. Im zweiten Akt wurde das bisherige Vermittlungsmoment, das wesentlich die programmatische Perspektive repräsentierte, personifiziert und ausgeschlossen, während andere Genossen, erst noch den entscheidenden Anstoß dazu gebend, von sich aus das sinkende Schiff verließen.

Der erste Akt, unvermeidlich, wenn sich der Organisationsansatz PF nicht über Nacht zu einem Satelliten der KPD-AO transformieren wollte, wurde von den Spontaneisten und der schon ins Verfallsstadium eingetretenen Programmatikfraktion nach einem gemeinsam erarbeiteten Plan durchgesetzt. Es wurden Arbeitspapiere der zentristischen Fraktion sicher-gestellt, die endgültig bewiesen, daß der Stalinistenflügel sein Heil in der Bolschewisierungslegende der KPD-AO gefunden hatte; die Betriebs-gruppe, deren Arbeit er so sorgsam vor der PF geheimgehalten hatte, wurde u.a. mit Texten der KPD-AO geschult. Auf Grund dessen wurde auf die Schwächung bzw. im Fall des Mißerfolgs die Ausschaltung der Zentristenfraktion hingearbeitet; nach entsprechender politischer Diskussion in der Generalversammlung über Organisations- und Stalinfrage (18) wurde auf den Ausschluß des exponiertesten stalinistischen Exponenten und die Verabschiedung einer Resolution hingearbeitet, die die Unvereinbarkeit der Position der Zentristen mit der Programmatischen Erklärung in fünf Punkten feststellte und die betroffenen Genossen zur Selbstkritik zwingen sollte. Das war natürlich vergebliche Liebesmüh, und nach mehreren chaotischen Nachtsitzungen, die die neu hinzukommenden Kandidaten unglaublich schockierten, war der Organisationsansatz PF in genau zwei gleichgroße Gruppen gespalten. (19) Das Versprechen des zentristischen Flügels, die materiellen Ressourcen des Organisationsansatzes über eine Auflösungskommission zwischen den beiden Flügeln aufzuteilen, wurde von den Bolschewisierungsfanatikern, die dies als "bewußte Vertreter des Proletariats" großmütig zugesichert hatten, natürlich nicht eingehalten. Inzwischen hat die KPD-AO-Fraktion erwartungsgemäß sich offen der westberliner Parteiführung unterstellt. Sie hat sich "bedingungslos auf den Boden der Programmatischen Erklärung der KPD und des daraus abgeleiteten Aktionsprogramm gestellt, weil sie überzeugt ist, daß die von der KPD entwickelte Linie des Klassenkampfes in der Bundesrepublik die richtige Linie ist." (20) Obwohl sie ihrem Namen zufolge auch noch an eine etwas andersgeartete "Programmatische Erklärung" gebunden ist, hat sie vorläufig darauf verzichtet, ihren Namen abzuändern. Bekanntlich läßt sich ja auch, solange man über ein überregionales Informationsmedium verfügt, die Verwirrung der sozialistischen Basis auf formalem Weg noch eine Weile lang fortsetzen, und darum ist es den Meistem der Bolschewisierungslgende ja nicht nur in diesem Zusammenhang zu tun.

2.2. Die Auseinandersetzungen zwischen den Spontaneisten und der Programmatikfraktion

Damit war aber die Phase der Zersetzung und des Zerfalls der PF noch lange nicht abgeschlossen; sie setzte sich weit über das erste Spaltungsdatum, den 3.4.1971, hinaus fort. Mit der Abspaltung der KPD-AO-Fraktion hatte die "Proletarische Front" ihren damals einzigen praktischen Bezugspunkt, die Betriebsgruppe, verloren. Auch die Perspektive der internationalistischen Arbeit war weitgehend dahin. Hinzu kam, daß eini-

ge Genossen der antizentristischen Fraktion glaubten, vor den Kandidaten das Gesicht verloren zu haben; das Drehbuch für den Ablauf des ersten Akts, demgemäß sie sich in den Spaltungsauseinandersetzungen taktisch verhalten hatten, war einem der Kandidaten vor dem Abschluß der Fraktionsauseinandersetzungen aufgrund des Fehlers eines der beteiligten Mitglieder zu Gesicht gekommen und entsprechend publik geworden. Das Ergebnis war ein umfassender und wahrhaft allgemeiner Katzenjammer, bei dem sich die Beziehung zwischen der durchzusetzenden programmatischen Perspektive und den taktisch-innerorganisatorischen Vermittlungsschritten zunehmend verwischten.

Das alles hatte zur Folge, daß einige ausländische Genossen, bislang Stützen des organisatorischen wie konzeptionellen Vereinheitlichungsprozesses, dem Organisationsansatz keine Zukunftsperspektive mehr zubilligen wollten. Durch sie wurden in den weiteren Auseinandersetzungen jene Entwicklungsmomente der politischen Arbeit, denen sie schon immer skeptisch gegenübergestanden hatten, zu einem irrationalen "Machtkampf" hochstilisiert und auf diese Weise personalisiert. Dadurch traten die politischen Kritikmomente, die sie gegenüber einem exponierten Genossen der Programmatikfraktion angesammelt hatten, scheinbar in den Hintergrund, als die Genossen versuchten, durch ihren eigenen Austritt den sonst nicht zu erreichenden Ausschluß dieses Mitglieds aus der Rest-PF zu provozieren. Letzten Endes wurde auf diese Weise der Kampf um die weitere programmatische Perspektive in emotionale Ausbrüche, persönliche Diffamierungen und kleinbürgerlich - moralisierende Beschwörungen umgebogen. Die Auffassung des angegriffenen Genossen, daß man nach allem, was vorgefallen sei, den Organisationsansatz zunächst personell erweitern und gleichzeitig beschleunigt qualifizieren müsse, um den Prozeß der praktischen Verankerung zu reorganisieren wurde als "taktiererischer und unehrlicher Versuch" geäußert, seine "persönlichen Machtinteressen" zu befriedigen. Der "Wissenschaftsfetischismus", den er betreibt, sei schon immer in diesem Sinn zu verstehen gewesen. So wurde schließlich - unter Ausnutzung der Abwesenheit von drei Genossen - alles das, was den Organisationsansatz in der Qualifikationsfrage und seiner programmatischen Perspektive profiliert hatte, als Ausdruck eines vorherrschenden individualistischen Interesses personalisiert und aufgehoben.

Als Anlaß für ihre Attacken hatten die Genossen die Diskussion über die Frage der Aufnahme einer Bewerberin in den Kandidatenstatus des Organisationsansatzes genommen. Die Genossin war Mitgleid des "Sozialistischen Kollektivs Hamburg", welches schon einige Zeit parallel zur PF an den Papieren zur Grundqualifikation gearbeitet und in dieser Frage intensivere Kontakte zum Organisationsansatz aufgenommen hatte. Als der angegriffene Genosse für die Aufnahme dieser Bewerberin in den Kandidatenstatus votierte, wurde ihm unterstellt, er beabsichtige, in der PF einen "Theoretikerflügel" zwecks Stärkung seiner eigenen Position aufbauen zu wollen. Zusätzliche "Beweise" über die theoretisch-konzeptionelle Zusammenarbeit waren schnell zur Hand. Die Kritik an dem Genossen konzentrierte sich, wenn sie auch unter einem Wust von Diffamierungen sich verdeckte und die Frage der organisatorischen Profilierung der konzeptionellen Perspektive zu einem moralisierend verselbständigten "Taktikproblem" reduzierte, exakt auf die Ausschaltung der von ihm in die Diskussion eingebrachten

Auffassung über die Frage der kurzfristigen Konsolidierung. Er wurde auf einer dem Bewußtseinsstand der meisten Genossen faktisch-raffiniert angepaßten emotionalen Ebene angegriffen, weil er in dem Augenblick, wo die letzten kurzfristigen Praxisperspektiven aus dem Gesichtsfeld verschwunden waren, für die vorübergehende personelle Erweiterung und die Intensivierung der programmatischen Vereinheitlichung votierte, um den drohenden Rückfall in die vorpolitische Ausgangsposition bei den meisten Genossen aufzuhalten; weil er der Auffassung war, daß die praktische Verankerung nicht spontan-kurzfristig, sondern auf der Basis präzisierter und mit dem Organisationsstatut besser vermittelter programmatischer Vorstellungen - u.a. durch eine der Grundqualifikation vorgelagerte "Programmschulung" - geklärt werden sollte.

Schließlich traten die Genossen, als sie den Ausschluß des angegriffenen Mitglieds nicht unmittelbar erreichten, aus der Rest-PF aus. Ihre Unfähigkeit, eine politische Auseinandersetzung über die weitere Arbeitsperspektive zu führen und das durch die Isolierung des Organisationsansatzes gewaltig angestiegene Aggressionspotential hintenzuhalten, wurde von ihnen auf die verunsicherten Teilnehmer der Generalversammlung projiziert: sie träten aus, weil niemand in der Lage gewesen sei, die politische Stringenz ihrer Attacke zu begreifen und entsprechend zu reagieren.

Wegen der fortgeschrittenen Verunsicherung und Resignation der meisten Kandidaten und Mitgleider konnten die Folgen dieses Vorganges nur verheerend sein. (20a) Sie mußten nach alledem, was vorgefallen war, notgedrungen größtenteils in jene spontaneistische Vorstellungen zurückfallen, die sich in der bisherigen Arbeit nur benannt aufgehoben hatten. Die programmatische Perspektive, ja überhaupt die materialistische Basis der bisherigen Vereinheitlichung, hatte sich in ihren Köpfen auf die Ebene "autoritärer Fixierung", "organisationsinterner" und undurchsichtiger "Manipulation", "persönlicher Machtinteressen" und des "Wissenschaftsfetischismus" zurück entwickelt; das Ergebnis konnte nur die Denunzierung jeglicher materialistischer Klassenanalyse und die Hinwendung zu rein "sinnlicher Erfahrung" durch die Praxis und die darin sich entfaltende Massenspontaneität sein. In nachträglicher Übernahme der Kritik wurde der angegriffene Genosse, als "brauchbarer Wissenschaftler aber politisches Embryo" diffamiert, ausgeschlossen.

Wie die weitere Entwicklung zeigte, war die "PF Hamburg" nicht mehr in der Lage, ihre Vorgehensweise kritisch aufzuarbeiten. Die Diskussion über die zweite Spaltung wurde intern wie extern tabuiert. Die Tatsache daß nach dem Austritt einiger Kandidaten - und später auch weiterer Mitglieder, die vergeblich versucht hatten, den Konflikt politisch innerhalb der sich jetzt konstituierenden "PF Hamburg" zu wenden - sich die Programmatikfraktion als "PF-Gruppe westdeutscher Kommunisten" reorganisierte, gerann in ihren Köpfen zum Ergebnis einer rein "emotionalen Personalfixierung". Gleichzeitig haben die in den Spontaneismus zurückgefallenen Genossen es bis heute nicht gewagt, dem ausgeschlossenen Genossen die zugesagte schriftliche Ausschlußbegründung zuzustellen. Sie haben bis heute nie öffentlich zugegeben, daß die zweite Spaltung konkret durch ein von ihnen bis heute nicht ausgewiesenes Ausschlußverfahren zustande gekommen ist.

Letzten Endes hat die "PF-Gruppe Hamburg" durch ihre bisherige Politik

selbst klargestellt, wir für sie der Vorwurf des "Seminarmarxismus" zu fassen ist. Langfristige theoretische Arbeit lehnen sie ab, da die Theorie für sie nur noch eine Funktion hat; nämlich sich kurzfristig anbietende Praxismöglichkeiten im Nachhinein zu legitimieren. Die "Programmatische Erklärung" auf die sie sich dessenungeachtet weiterhin berufen, gerann in ihren Verlautbarungen schnell zu einem abstrakten Versatzstück praktisch unvermittelter Phraseologie, dem sie inhaltlich hilflos gegenüberstehen.

3. Die weitere Entwicklung der Fraktionen

In den folgenden Monaten sind zunächst die KPD-AO-Fraktion (Proletarische Front)-ML mit einer "blauen" und danach die übriggebliebenen Spontaneisten ("Proletarische Front-Gruppe Hamburg") mit einer "weißen" Erklärung zu den Spaltungsauseinandersetzungen hervorgetreten. Was ihre Stellungnahme betrifft, haben wir uns dazu in einer "Grundsatzklärung" geäußert (21) Wir halten es für überflüssig, hier noch einmal unsere Kritik zu resumieren. Es erübrigt sich auch, darauf hinzuweisen, daß die "PF-Gruppe Hamburg" es überhaupt für überflüssig gehalten hat, in ihrer Erklärung auf die der ersten

Spaltung gefolgt Auseinandersetzung einzugehen. Selbst als sich die Reste der Programmatikfraktion wenig später wieder zu Wort meldeten, reagierten die Spontaneisten darauf in einer Art und Weise, die es ihnen ermöglichte, weiter über die Ereignisse nach der ersten Spaltung zu schweigen. (22) Das alles zeigt nur öffentlich, was wir seit dem Übertritt zweier Genossen aus der "PF-Gruppe Hamburg" ohnedies wissen: daß die PF Hamburg noch immer kein kritisches und distanzierendes Verhältnis zu den damaligen Ereignissen gewonnen hat. Ihr Ziel war seinerzeit gewesen, die personalisierte Programmatikfraktion - mit einem Wort der damals nach ihrer Attacke ausgetretene Genosse - "politisch zu liquidieren". Jetzt, wo sich zeigt, daß diese Liquidierung des einmal durchgemachten programmatischen Vereinheitlichungsprozesses nicht gelungen ist, bleibt nichts anderes übrig, als dessen Existenz als völlig geschichtslos und sozusagen aus dem Nichts entstanden darzustellen.

Zur weiteren Entwicklung der parteizentristischen Fraktion seit ihrer Abspaltung ist nicht viel auszuführen. Sie hat sich der "richtungsweisenden Plattform" der KPD-AO unterstellt und beschleunigt die "bolschewistische" Linie durchgesetzt. Angesichts des regionalen Einflusses des KB (ehemals SALZ) gelang es der "PF-ML" nicht, sich innerhalb der Restfraktion der Massenbewegung zu verbreitem.

Die Genossen der PF-Gruppe Hamburg sahen sich nach der zweiten und von ihnen verursachten Spaltung vor allem zwei Problemen gegenüber. Einerseits wurden bedingt durch den administrativen Ausschluß eines Genossen und verbunden mit dieser Auseinandersetzung durch den Austritt einer weiteren Anzahl von Genossen - die bislang innerorganisatorisch unterdrückten Probleme immer wieder von neuem virulent. Man verlor sehr viel Zeit damit, diese abzuschwächen und wegzudiskutieren. Zum anderen mußte - und nur darüber konnte sich die Perspektive dieses Organisationsansatzes entscheiden - die praktische Vermittlung und notwendig weitere Konkretisierung der in der Programmatischen Erklärung der PF angegebenen Strategie angegangen und geleistet werden.

Wie die Genossen versucht haben, das erste Problem zu lösen, haben wir bereits weiter oben dargestellt. Die Verantwortung für die von ihnen verursachte zweite Spaltung haben sie nicht übernommen und es sogar verstanden, diese gegenüber anderen Genossen und Organisationsansätzen für nicht existent und ihnen letztlich unverständlich zu erklären. Im folgenden soll an dem Theorie- und dem Praxisverständnis der PF-Gruppe Hamburg anhand einiger Beispiele exemplarisch gezeigt werden, inwiefern sie, auch wenn sie ständig vorgibt, Ansätze zu einer Weiterentwicklung und Konkretisierung der Programmatischen Erklärung zu leisten, sich von deren strategischen Positionen immer weiter entfernt.

3.1. Zu den theoretischen Positionen der PF-Gruppe Hamburg und ihren praktischen politischen Forderungen. Eine Auseinandersetzung mit dem Aufsatz "Lage der Arbeiter in der westdeutschen Metallindustrie". (23)

In ihrem bisher wichtigsten Aufsatz versuchten die Genossen kritisch die politische Auffassung jener sozialistischer Organisationsansätze zu analysieren, die während der letzten Metalltarifrunde in die Lohnkämpfe zu intervenierten.

Sie haben die Absicht, wie sie selbst schreiben, nachzuweisen, daß diese Organisationen auf Grund falscher und verworrener Analysen nicht Forderungen der Arbeiterklasse formulieren, sondern letztlich nur reformistische Forderungen in die Arbeiterklasse hineintragen.

Ihrerseits wollen die Genossen nun eine korrekte Einschätzung der Kapitalentwicklung in der Metallindustrie liefern und daraus Forderungen ableiten und propagieren, die den tatsächlichen Interessen der Arbeiterklasse entsprechen.

Die Absicht und der Anspruch sind nur zu begrüßen. Wir wollen aber im weiteren sehen, ob die von der PF-Gruppe Hamburg formulierten Forderungen tatsächlich das revolutionäre Interesse der Arbeiterklasse, nämlich die Zerstörung des Kapitalverhältnisses, zum Ausdruck bringen.

Zentrale These ihrer Einschätzung der Lage in der Metallindustrie ist: die Arbeitsplätze seien nicht gefährdet, weil sich eine Konjunkturkrise abzeichne, sondern weil das Kapital langfristige und internationale Umstrukturierungen vornehme. Dieser Prozeß würde durch den Konjunkturrückgang in einzelnen Branchen (nachdem, wenn wir diesen bürgerlichen Begriff überhaupt verwenden wollen, soeben eine konjunkturelle Entwicklung geleugnet wurde!) und durch die nordamerikanischen Restriktionen (von was?) beschleunigt werden. Die als Bereinigungsprozeß begriffene "Umstrukturierung" des Kapitals führe zum Ausbau von Produktionsstätten im Ausland und zu Teilindustrialisierungen in ausgewählten Zentren der Länder der drei Kontinente.

In diesem ihrem zentralen Begriff der sog. Umstrukturierung des Kapitals auf internationaler Ebene zeigt sich bereits die auf einer rein phänomenologischen Ebene stehende Begrifflichkeit dieser Analyse. Die These der Umstrukturierung des Kapitals wird mit allerlei Informationen aus bürgerlichen Wirtschaftszeitungen belegt (s. Abschnitt zur Entwicklung der Stahl- und Metallindustrie), ohne daß auch nur der Versuch unternommen wird, den Zusammenhang zur Kritik der Politischen Ökonomie herzustellen.

Nirgends wird der eigentliche Stachel, der überhaupt nur Kapitalbewegungen verursacht, benannt und konkret untersucht. Warum also die

Stahlwerke an die europäischen Küsten verlagert oder aber Industrien mit hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals in Ländern der drei Kontinente aufgebaut werden, das sich klar zumachen, bleibt der Phantasie des Lesers überlassen. Nirgends wird dargestellt, daß das Kapital aufgrund schwindender Profitraten versucht, mit allen Mitteln diesen unaufhaltsamen Prozeß immer wieder vorübergehend zu neutralisieren und ihm entgegenwirkende Ursachen zu mobilisieren.

Für die oben genannten Beispiele würde das bedeuten, zu zeigen, daß die Verlagerung der Stahlwerke in einer Verminderung der Transportkosten und die Verlagerung ganzer Industriezweige in ausgewählte Zentren der drei Kontinente nur in der dort möglichen höheren Ausbeutungsrate der Arbeitskraft begründet sind. Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind nur aus dem Zwang des Kapitals zu erklären, sich um seiner selbst willen zu verwerten und die sich hierbei permanent ergebenden Verwertungsschranken kurzfristig zu überwinden, indem sie auf höhere Ebene transformiert werden.

Solange die eigentliche Triebkraft des Kapitals in der Analyse unberücksichtigt bleibt, sind auch Thesen, wie die der Umstrukturierung des Kapitals auf internationaler Ebene, ohne inneren Begründungszusammenhang und letztlich zufällig. Ohne den Vermittlungszusammenhang zur Kritik der politischen Ökonomie, also der Kritik der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse, kann auch das Ziel einer jeden revolutionären Theorie, die kritisierten gesellschaftlichen Zustände verändern zu wollen, nicht vermittelt werden.

Versuchen die Genossen jedoch einmal Kategorien der Kritik der Politischen Ökonomie anzuwenden, geschieht dies in einer solchen Abstraktheit, daß für die konkrete Analyse überhaupt nichts mehr damit anzuragen ist. So heißt es bei ihnen, daß "das Kapital sich sicherlich(!) in Verwertungsschwierigkeiten befindet" und die "monetäre Krise, handelspolitische Restriktionen... Handel mit China" zeigen würde, "daß sich das Kapital auf internationaler Ebene in Schwierigkeiten befinde." Mit diesen pauschalen Hinweisen auf die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals auf internationaler Ebene soll nequiert werden, daß das Kapital sich in einer Konjunkturkrise befinde. Statt daß die Genossen den Begriff Konjunkturkrise als bürgerliche Ideologie denunzieren und versuchen, die marxistische Krisentheorie auf die gegenwärtige Situation anzuwenden, scheinen sie eine mit dem Umschlag des konstanten Kapitals verbundene krisenhafte Entwicklung des Kapitals vollends zu verneinen.

Bevor wir aufzeigen werden, inwieweit diese konfuse Gedankenführung zu einer ebensolchen Verwirrung in den praktischen Konsequenzen, nämlich in den politischen Forderungen führt, zuerst noch die Kritik an einem weiteren Argumentationszusammenhang, welcher das ganze theoretische Unverständnis deutlich macht.

So heißt es an anderer Stelle, daß der westdeutsche Warenexport in der Krise 66/67 die Widersprüche in den anderen Ländern verschärfte. Und so folgern die Autoren weiter, um auch etwas zum Problem der Weltwährungs- und Kapitalmarktcrise beizusteuern, dieses wiederum verstärkte die Labilität des Weltwährungssystems. Aus dieser Situation soll sich dann der Kapitalexport als Ausweg angeboten haben. Gleichzeitig sei damit der Mangel an qualifizierter Arbeitskraft in der BRD überwunden worden.

Weder sind die einzelnen Schlußfolgerungen in dieser Argumentation

voneinander abgeleitet und in sich begründet, noch sind sie als Fakten richtig.

Nicht der Warenexport trägt zur Erschütterung des Weltwährungssystems bei, sondern das System der kapitalistischen Weltwährung selbst trägt das Moment seiner Erschütterung in sich, also die Tatsache, daß die Vereinbarungen von Bretton Woods den Dollar zur Leitwährung machten und die anderen Währungen im Verhältnis zu der in diesen Ländern entwickelten Akkumulationsstufe des Kapitals festgelegt wurden. Daß sich diese Verhältnisse im Laufe der Zeit verändert haben und die USA auf diesem kalten Wege imstande waren, sich in der Ungleichzeitigkeit der internationalen Tendenzen der Überakkumulation des Kapitals ungemeine Extraprofite insbesondere über den Europadollarmarkt anzueignen, "erschütterte" das Weltwährungssystem, da die sog. Partner der USA zu diesen "freiwilligen" Importen der amerikanischen Wirtschaftskrise nicht mehr ganz in der Lage waren.

Die Begründung, daß Kapital vor allem wegen Mangel an qualifizierter Arbeitskraft exportiert worden sei, ist einfach falsch. Kapitalexport ist einzig und allein aus dem Grunde vorgenommen worden, um dem in den kapitalistischen Metropolen sich verstärkenden Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate entgegenzuwirken (Ausführlichere Argumentation und Begründung vgl. Heft 6/7/8 der PF, Gruppe westdeutscher Kommunisten)

Denn keinesfalls sind die Länder der drei Kontinente in der Lage, einen angeblichen Mangel an qualifizierter Arbeitskraft in den kapitalistischen Metropolen aufzuheben.

Überspringen wir die faktizistische Darstellung der Entwicklung der Maschinenbau- und Stahlindustrie und kommen wir zu den politisch-praktischen Konsequenzen, die die PF-Gruppe Hamburg aus ihrer Analyse ableitet.

Die Genossen entwickeln Forderungen für die sog. politische Perspektive und Tagesforderungen.

Die Forderungen für die politische Perspektive werden einem Abschnitt der Programatischen Erklärung entnommen, aber bedauerlicherweise in der politischen Stoßrichtung entstellt. Heißt es in der Programatischen Erklärung:

"Der langfristige Erfolg beim Aufbau des Sozialismus in den nicht industrialisierten Ländern wird jedoch gleichermaßen davon abhängen, daß das Proletariat der hochindustrialisierten imperialistischen Ländern den imperialistischen Staat zerschlägt, seine Diktatur errichtet und die Tendenz zur Überakkumulation revolutionär beseitigt, indem es die Produktivkräfte in den Dienst der sozialistischen Entwicklung in den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas stellt. Damit schafft das internationale Proletariat die Voraussetzung für die Abschaffung der Ungleichzeitigkeit der erweiterten Reproduktion der Gesellschaft, wie sie durch den Imperialismus geschaffen worden ist," so wird aus dieser politisch eindeutigen Aussage von den Genossen der PF, Gruppe Hamburg folgendes gemacht:

"Perspektive: Kampf gegen die Verlagerung von Fabriken durch die Kapitalisten - für die Kontrolle der Arbeiterklasse über die internationale Verteilung der Produktivkräfte, um die ungleichzeitige Entwicklung zu überwinden und die Produktivkräfte in den Dienst der sozialistischen Entwicklung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu stellen."

Die Genossen fordern also die Kontrolle der Arbeiterklasse über die internationale Verteilung der Produktivkräfte. Was bedeutet das? Das heißt, daß die Arbeiterklasse über die internationale Verteilung von Kapital wachen soll, denn unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen, (sie werden ja nur "kontrolliert", sind also noch nicht abgeschafft) gibt es keine Produktivkräfte, die nicht zugleich kapital sind - ganz abgesehen davon, daß unter der Herrschaft des Kapitals alle Produktivkräfte in ihr Gegenteil verkehrt sind. Daß die Genossen diese durch und durch reformistische Forderungen meinen, wird deutlich, da sie ja von der Kontrolle der Arbeiterklasse sprechen, anstatt daß sie von der in der Programmatistischen Erklärung angegebenen politischen Perspektive - nämlich Forderungen aufzustellen, die das Kapitalverhältnis zerstören - ausgehen.

Mit dieser Forderung befinden sich die Genossen auf einer Ebene mit Mc Namara, welcher aus taktischen Gründen durchaus bereit sein könnte, der Arbeiterklasse das ein oder andere Mitbestimmungsrecht bei der internationalen Kapitalverteilung einzuräumen. Und was die herrschende kapitalistische Klasse aus taktischem Kalkül der Arbeiterklasse an sog. Mitsprache manchmal zugesteht, wird von seiten der Organisationen der Arbeiterklasse allzu gern als Kontrolle der Arbeiterklasse gefeiert. Die "Tagesforderung" der PF, Gruppe Hamburg heißt: Kein Mann darf entlassen werden!

Zum einen widersprechen sie sich mit dieser Forderung selbst. Denn eine auf Weltebene gleichmäßig verteilte Akkumulation von Kapital würde natürlich für die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Metropolen mit Umschichtungsprozessen etc. verbunden sein. Wichtiger aber ist, den reformistischen Charakter dieser Parole zu entlarven! Denn die Forderung, daß kein Mann entlassen werden darf, zeigt nicht mehr den Zusammenhang zu dem kapitalistischen Lohn- und Ausbeutungsverhältnis auf. Im Gegenteil impliziert diese Forderung die Auffassung, daß die Arbeiterklasse aus irgendwelchen anderen Gründen als dem Zwang arbeitet, sich und ihre Familien reproduzieren zu müssen. Eine revolutionäre Forderung müßte im Gegensatz dazu lauten: Einschränkung der Arbeitszeit für alle bei einheitlich gesteigerten Reproduktionskosten! Setzen wir uns noch mit einer letzten Forderung auseinander. Die Genossen haben in ihren theoretischen Ausführungen konjunkturelle Entwicklungen des Kapitals geleugnet. In einer Tagesforderung aber formulieren sie: Lohnforderung ohne Rücksicht auf die Konjunktur!

Eine revolutionäre Forderung müßte auch in diesem Fall eine gänzlich andere Stoßrichtung haben. Es ist nämlich ein großer Unterschied, ob die Arbeiter nur für die Steigerung des Preises ihrer Arbeitskraft kämpfen - womit sie das Kapital letzten Endes nur dazu treiben, beschleunigt zu akkumulieren, oder ob sie den Kampf gegen den Fall des relativen Lohns aufnehmen, d.h. den Kampf für die Erhöhung des Preises ihrer Arbeitskraft mit dem Kampf gegen die Wertminderung der Arbeitskraft durch Erhöhung der Ausbeutungsrate und Produktivitätssteigerung seitens der Kapitalisten verbinden und gleichzeitig die industrielle Reservearmee in die Auseinandersetzung um den politischen Lohn einbeziehen.

Wenn die Genossen der PF, Gruppe Hamburg auf dieser unserer Meinung nach sehr verworrenen theoretischen Basis dann versuchen, die Interventionsmethoden anderer Organisationen in die Auseinandersetzung der Metalltarifunde zu kritisieren, verwundert es nicht, wenn auch diese

Kritik widersprüchlich und nicht immer einseitig ist. Charakteristisch für das gesamte theoretische Organ der PF, Gruppe Hamburg ist, daß dort in erster Linie die politische Auseinandersetzung mit anderen Organisationen geführt wird. Dies ist an sich nicht zu kritisieren. Allerdings gerät der dabei in ein Dilemma, der die eigene politische Strategie noch nicht so weit entwickelt hat, daß er sich mit seiner Kritik an der politischen Strategie von den Organisationsansätzen abzugrenzen vermag, indem er den eigenen politischen Standpunkt profiliert. Da die Genossen sich hierüber wohl nicht ganz klar sind, können sie z.B., nachdem sie vorher den Dogmatismus verschiedener ML-Organisationen kritisiert haben, schreiben (24): "Zu Problemen des internationalen Klassenkampfes haben verschiedene ML-Organisationen eine ganze Reihe ausgezeichnete Darstellungen geliefert." Und im selben Augenblick loben die Genossen dann die politisch-ökonomischen Analysen der DKP, als ob die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht in jede Teilanalyse der DKP eingehen würde. Die Schwierigkeit, die eigene politische Strategie zu formulieren und zu konkretisieren, die Unsicherheit in der Einschätzung und Beurteilung theoretischer Arbeiten anderer Organisationsansätze, diese politische Haltung spiegelt sich auch in der positiven Rezension der Plattform von II Manifesto wider. (25)

Die Genossen sehen in der Plattform der II Manifesto ein "Programm, welches die aus den Arbeitskämpfen der letzten Jahre sich ergebenden Möglichkeiten des Kampfes in den hochindustrialisierten Ländern zum ersten Mal zusammenfaßt und einer neuen programmatischen Perspektive Ausdruck gibt. Es ermöglicht eine neue Etappe des Klassenkampfes nicht nur für Italien, sondern auch für Europa".

Die Plattform wird als mögliche politische Perspektive für den europäischen Klassenkampf gefeiert, ohne daß in irgendeiner Weise dargelegt wird, inwieweit dies berechtigt ist, bzw. welche Momente dieser Plattform die Genossen konkret für den Klassenkampf in Westdeutschland umzusetzen gedenken. (Wir werden an dieser Stelle unsere Position gegenüber II Manifesto nicht entwickeln, da wir uns in diesem Heft ausführlich mit dieser Organisation auseinandersetzen.)

Diejenigen Momente, die für eine Strategie des europäischen Klassenkampfes unabdingbare Voraussetzung und in dieser Plattform in keiner Weise auf den Begriff gebracht worden sind, werden in der Rezension der PF-Gruppe-Hamburg in keiner Weise für erwähnenswert gehalten. So wird in der Plattform von II Manifesto anstelle des Versuchs einer Imperialismustheorie, um damit die Kapitalbewegung national und international zu erfassen, einer linearen Entwicklung der Produktivkräfte das Wort geredet.

Daß die II Manifesto auf die Problematik der Räte für den Klassenkampf eingeht, ist angesichts der völligen Negierung dieses so entscheidenden Moments des Klassenkampfes durch die Revisionisten und dogmatischen ML-Zirkel zweifelsohne von Wichtigkeit. Dennoch ist, wenn in der Frage der Schaffung von tatsächlichen Machtorganen des Proletariats durchaus politische Übereinstimmung besteht, zu fragen, inwieweit eine Organisation es versteht, diese richtige politische Perspektive in die konkreten Schritte der nächsten Klassenkampfauseinandersetzungen einzubeziehen.

Auch die Kritik an der wirklich nur halbherzigen Revisionismuskritik der Plattform von "II Manifesto" wird vorsichtig geleistet. Keine Er-

wahrung findet, daß die italienischen Genossen ansatzweise die Konvergenztheorie vertreten und sogar die Position, der internationale Klassenkampf habe sich auf die Ebene von Systemkonflikten verlegt, beziehen. Der Aufsatz referiert insgesamt in gekürzter Fassung die Thesen der II Manifesto und übernimmt sie unbegründet als programmatische Perspektive für den europäischen Klassenkampf.

3.2. Zum Praxisverständnis der PF-Gruppe Hamburg

Kritikpunkt kann für uns nicht sein, daß dieser Organisationsansatz sich bislang noch nicht wesentlich in einem gesellschaftlichen Teilbereich verankert hat. Frage ist nur, inwieweit die Genossen auf Grund ihres Verständnisses von Theorie und Praxis in dieser Richtung in nächster Zeit erfolgreich sein werden.

Die PF-Gruppe Hamburg ist außer durch Arbeiteragitation in Form von Flugblättern vor allem in punktuellen Aktionsbündnissen in Erscheinung getreten. Zu einigen ihrer politischen Parolen und Tagesforderungen haben wir bereits Stellung genommen.

Wichtig ist, auf das durchaus unterschiedliche Vorgehen der Genossen in ihrer Theorie und Praxis einzugehen. In bezug auf die Hamburger Rote-Punkt-Aktion nimmt in ihrer Zeitung die Auseinandersetzung mit der DKP den breitesten Raum ein. In ihrer eigenen Praxis, und das sollten die Genossen doch auch, wenn sie schon auf die Interventionsmethoden der anderen Organisationen eingehen, benennen, übersahen sie die Existenz der DKP völlig. Da sie keine Vorstellungen entwickelt hatten, auf welche Weise noch in die von der DKP majorisierte und bereits laufende Kampagne erfolgreich einzugreifen sei, zogen sie sich aus dem Aktionsbündnis zurück und schrieben statt dessen eine Polemik gegen den Revisionismus. (26) Diese Aktion und das gescheiterte Bündnis anläßlich der Ermordung von P. Schelm (bei dem die Genossen ein gemeinsames taktisches Vorgehen gegen das SALZ verhindert haben) diente ihnen als Ausgangspunkt zu einem intendierten "antireformistischen" Bündnis mit MLZ (Marxistisch Leninistisches Zentrum - Maoistische Splittergruppe) und der FN! (Föderation Neuer Linke, Anarchisten).

Resultat dieses Treffens im Freien bei Würstchen und Kartoffelsalat war die überregional auf Grund der eifrigen Verbreitung nicht ganz unbekanntes Güster-Erklärung. (27)

Nach ihren eigenen Aussagen sollte das eigentliche Ziel dieses Treffens die Wiederherstellung der offenen Diskussion auch zwischen Organisationen verschiedener politischer Richtungen sein. Als politisch gemeinsame Plattform definierten die Anwesenden ihre Ablehnung gegenüber unkritisch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung übernommenen und somit dogmatischen Organisationsvorstellungen.

War die dort geführte Diskussion auch noch um einiges konfuser als die an sich schon recht makabere Erklärung von Güster, so zeigt sie aber deutlich genug, wie die Genossen der PF-Gruppe Hamburg das Verhältnis von Partei und Räten in der revolutionären Praxis begreifen. In keiner Weise werden Ansätze gemacht, zu bestimmen, wie in den nächsten Schritten des Klassenkampfes die Schaffung und Initiierung von politischen Komitees im Stadtteil, im Betrieb und in der Kaserne anzugehen sind. Im Gegensatz dazu wird völlig abstrakt über Partei und Räte herumschwadroniert. Die Ergebnisse dieses tiefeschürfenden Diskussionsprozesses führen dann zu

folgenden weitreichenden Einsichten: Das MLZ und die PF-Gruppe Hamburg lehnen überlieferte Parteimodelle ab, aber im Gegensatz zu den Anarchisten nicht eine Partei als solche(!).

Nirgends wird angesichts der aktuellen Aufgaben des Klassenkampfes von den konkreten Kampfproblemen und der daraus abzuleitenden Notwendigkeit einer revolutionären Avantgarde gesprochen. Im Gegensatz zu einer konkreteren Bestimmung verweisen die Genossen darauf, daß sie aus der Einsicht, daß eine Partei als solche vonnöten sei, das Modell einer Partei das die organisatorische Verbindung zu den Massen gewährleistet und somit eine Verselbständigung verhindert, noch nicht angeben können. An dieser Stelle wollen wir uns nicht ausführlich mit den Bündnispartnern selbst auseinandersetzen, sondern eine Stellungnahme des MLZ zur Konterrevolution im Sudan möge das politische Selbstverständnis dieser Splittergruppe dokumentieren. Solange die Genossen der PF-Gruppe Hamburg selbst bereit sind, die von ihnen verursachte und angesichts der politischen Situation der westdeutschen Linken nicht zu rechtfertigende Spaltung zum Ausgangspunkt unserer erneuten politischen Auseinandersetzung zu machen, sehen wir keine Möglichkeit, mit ihnen über punktuelle Aktionsbündnisse hinausgehende Vereinbarungen zu treffen.

Anmerkungen

- (1) so war im November 1971 nach langwierigen Vorverhandlungen ein Termin für eine Diskussion vor den Teilnehmern anderer Gruppen zustande gekommen. Der Termin wurde im letzten Augenblick von den Genossen der "PF Hamburg" boykottiert.
- (2) Vgl.: AstA der Universität Hamburg (Hersg.): Das permanente Kolonialinstitut, Hamburg 1969
- (3) Vgl. SDS Hamburg: Revolte wozu? Hamburg 1968
- (4) So wurden 1967 einige Genossen, die explizit revisionistische Positionen vertraten, aus dem SDS ausgeschlossen, u.a. die Genossen Peter Schütt und Wilcke. Der Kampf gegen die Ruhnau-Studenten Litten, Binder und Co. fand dagegen vor den Massen statt. Die Ruhnau-Studenten arbeiteten vor allem darauf hin die Studentenbewegung isoliert zu halten und polemisierten ständig gegen die Teilnahme von "Rockern" bei den Demonstrationen. Der informelle SDS-Kern propagierte genau das entgegengesetzte Ziel. Dies war ein wichtiger Garant für die Militanz und die Verbreiterung der Kampfaktionen.
- (4a) Vgl. Zur Vorbereitung des Seminars für sozialistische Hochschulpolitik, Hamburg 1970
- (5) Zur Entstehungsgeschichte der "Trikont" Hamburg; o.J. (1970) S.1
- (6) ebenda S. 2
- (7) Vgl. dazu: Burkhardt, W.; Bohn, J.; Breuer, A.; Franke, B.: Zusammenfassung der Gründe für unseren Austritt aus der Trikont, vervielf. Ms. (o.o., 1970)

- (8) Vgl. Resolution, Zur politischen Perspektive der Trikont, o.J. (1970), hektogr. Ms.
- (9) Trikont Hamburg: Resolution der Generalversammlung zum antiimperialistischen Kampf im Nahen Osten, v. 7.11.1970, S. 10
- (10) Zit. nach ebenda, S. 1
- (11) Vgl. dazu: Dokumentation des AStA-Auslandsreferat, des AStA-Dritte Welt-Referat und der Trikont Hamburg zum antiimperialistischen Kampf an der Universität, Hamburg, Januar 1971
- (12) Vgl. dazu die verschiedenen Papiere zur Schulungsfrage, PF-Archiv
- (13) Vgl. dazu: Rezension der Zeitschrift "Proletarische Front Gruppe Westdeutscher Kommunisten", in: "Proletarische Front Gruppe Hamburg", 1. Jg. Nr. 2 S. 50. Allerdings hindert die vorgegebene bisherige Unkenntnis der Qualifikationspapiere die Genossen nicht, sie mehr oder weniger ex post zu kritisieren. "...obgleich es sie verwundert, wie weitreichend und selbstsicher die einzelnen Einschätzungen von ihnen vorgenommen werden..." (S.50) Das waren genau die Argumente, mit denen die Spontaneisten vordem in der Organisation gegen das Qualifikationspapier opponiert hatten.
- (14) Vgl. dazu: Klassenkampf 1970, Hamburg Mai 1970, hektograph. MS
- (15) Zit. nach ebenda, S. 9
- (16) ebenda, S. 18
- (17) Zit. nach: Wiedergabe einer Diskussion zwischen Alvares und Nelly am 18.3. unter Anwesenheit von Baderle, MS., S. 1
- (18) Vgl. die dazugehörigen Papiere im Archiv der PF-GWK (nur teilweise vorhanden)
- (19) Die Behauptung der jetzigen Hamburger Sektion der KPD (Westberlin), am 3.4.71 habe sich von ihr eine "Minderheitsfraktion" abgespalten (vgl. ihre Erklärung vom Mai 1971, sog. blaue Spaltungserklärung) hat mehr mit ihrer theoretischen Position als mit der Wirklichkeit zu tun. Bekanntlich sind Bolschewisten (=Mehrheitler) immer dazu verurteilt, Mehrheitler zu bleiben.
- (20) Vgl. dazu: Den Aufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands entschlossen unterstützen! Sonderbeilage des "Kommunistische Arbeiterpresse", Sept. 1971, herg. PF (KPD-Westberlin).
- (20a) Vgl. dazu die entsprechenden Protokolle und Materialien in: PF.GWK, Archiv.
- (21) Vgl. dazu: Die Aktuelle Situation der revolutionären westdeutschen Linken und die Spaltung der Proletarischen Front, in: Proletarische Front, Gruppe westdeutscher Kommunisten, 1. Jg. 1971, H. 2/3 S. 3f.
- (22) vgl. dazu Anm. 13. Dieser Tatbestand trifft auf mehreren Ebenen zu, soll aber hier nicht weiter erörtert werden.
- (23) Lage der Arbeiter in der westdeutschen Metallindustrie in: PF, Organ der PF-Gruppe Hamburg, Nr. 3 Nov. 1971 S. 3ff.
- (24) Dogmatismus und Revisionismus - die Diktaktik der ML-Organisation in: Proletarische Front, Organ der PF-Gruppe Hamburg, Nov. 1971 Nr. 3 S. 36/37

- (25) Arbeitskämpfe und politische Organisation in Italien
II Manifesto: Eine neue Etappe des Klassenkampfes in: PF, Organ der PF-Gruppe Hamburg, Nr. 2 Aug. 1971 S. 18 ff.
- (26) Zur politischen Strategie der Tarifkampagne in Hamburg in: Proletarische Front, Organ der PF-Gruppe Hamburg, Nr. 2, Aug. 1971 S. 4 ff.
- (27) Güster Erklärung: Resolution des Treffens vom 11./12. Sept. 1971 in Güster (ist in dieser Zeitung als Dokument mit abgedruckt.)